

Vollbeschäftigung ist möglich!?

Die Bürgerarbeit in Bad Schmiedeberg



Monika Lazar
ist Mitglied im
KV Leipzig Land

Immer häufiger ist in der regionalen und überregionalen Presse vom Modell Bürgerarbeit à la Bad Schmiedeberg zu lesen. Wie sieht es vor Ort aus und wie ist die Stimmung unter den Bürgerarbeitern? Ich wollte mich persönlich umsehen und lud eine sächsische bündnisgrüne Delegation im Juni zu einem Vor-Ort-Gespräch mit verschiedenen Beteiligten des Bad Schmiedeberger Modells.

Ausgangspunkt und Anspruch des Modells ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und somit den mit den Hartz-Gesetzen beschlossenen Wandel zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik tatsächlich umzusetzen. So soll jeder arbeitslosen Person in Bad Schmiedeberg reguläre oder Bürgerarbeit angeboten werden. Ziel ist die Prüfung und Aktivierung der Chancen für den ersten Arbeitsmarkt. In einer zweiten Stufe werden zeitnah die „marktnahen Kunden“ (interne Bezeichnung) vermittelt. Hemmenden Qualifikationsdefiziten wird in einer dritten Stufe mit Gutscheinangeboten, beispielsweise für Computerkurse begegnet. In einer vierten Stufe wird allen Nichtvermittelbaren eine Bürgerarbeit angeboten. Oberste Priorität hat dabei die Nichtverdrängung regulärer Arbeitsplätze. Die Tätigkeiten liegen hauptsächlich

im sozialen Bereich: Vereine, Verbände, Schulen und die Seniorenbetreuung profitieren davon. Die Betreuung älterer Menschen umfasst dabei laut Kriterienkatalog im Wesentlichen Begleitdienste zu Behörden, Gesundheitseinrichtungen, bei Spaziergängen, zu Kino- oder Theaterbesuchen sowie Gespräche, Unterstützung bei der Vor- und Nachbereitung der Freizeitgestaltung, Gespräche und Unterstützung bei tagesstrukturierenden Maßnahmen. Ausdrücklich soll keine Pflegearbeit geleistet werden.

Bei der Diskussion wurde auf das entworfene Qualitätssiegel hingewiesen. Als Qualitätsmerkmale des Modellprojekts wurde die Vierstufigkeit des Verfahrens, die intensive Betreuung durch zwei, ausschließlich für Bad Schmiedeberg abgestellte Arge-Mitarbeiterinnen, die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und der ausführliche Kriterienkatalog zusammengefasst. Es umfasst ebenso die Regelung der Arbeitszeit und Vergütung. Bürgerarbeit wird, abhängig von den Anforderungen der Tätigkeit, zwischen 675 Euro und 975 Euro brutto entlohnt und umfasst 30 Stunden pro Woche. Die restliche Zeit soll insbesondere für Bewerbungen, Weiterbildung und begleitende Gespräche zur Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt dienen.

Die Zahlen sprechen für sich: Die Arbeitslosenquote sank im Ort von 15,1% im September 2006 auf aktuell 4,5%, wobei die verbliebene Quote im Wesentlichen auf Fluktuations- und Winterarbeitslosigkeit sowie auslaufenden Arbeitsgelegenheiten und Rehabilitationsfällen beruht. Von den erfassten Arbeitslosen meldeten sich bereits zu Beginn des Projektes 23% in Arbeit ab, die meisten konnten aufgrund der intensiven Betreuung der Arge und Vernetzung mit Unternehmen in die Region vermittelt werden. Aktuell gibt es 106 zufriedene BürgerarbeiterInnen vor Ort.

Einige Fragen konnten auch vor Ort nicht geklärt werden:

- Ist die in Bad Schmiedeberg erreichte Vollbeschäftigung nur aufgrund einer Vergütung möglich, die eine zusätzliche Aufstockung durch ALG II bei der Hälfte aller arbeitenden Menschen erfordert?
- Funktioniert eine solche Förderung nur in Verbindung mit angekündigten Sanktionen – in Form von Leistungskürzungen unter das Existenzminimum? Und das obwohl doch energisch darauf hingewiesen wurde, dass die Arbeitslosen von Bad Schmiedeberg alle arbeiten wollen?

- Wie werden gerade im sozialen Bereich die notwendigen Qualifikationen für den Umgang mit Alten, Behinderten, Schülern überprüft bzw. sichergestellt? Und werden nicht doch reguläre Stellen im sozialen Bereich eingespart bzw. nicht neu geschaffen?

Manche Fragen konnten, manche Fragen sollten wohl nicht beantwortet werden. Sie sollten aber trotz des offensichtlichen Erfolges auch weiterhin gestellt und in Anbetracht einer flächendeckenden, über die Modellbefristung hinausgehenden, Einführung und im Sinne der Qualität der sozialen Arbeit auch beantwortet werden.

Monika Lazar, Mitglied des Bundestages
monika.lazar@wk.bundestag.de

